Der Schluß der Aussprache im Reichstag.

Vertagung des Reichstages.

(Fortsetzung aus dem Sonntags-Blatt.)

Berlin, 1. Oktober. Abg. **Koch** (Dem.): Der Kern der Schwierigkeiten liegt darin, daß in einer Zeit, wo unser Volk sich noch nicht von den Folgen des Krieges erholt hat, es Leute gibt, die das Volk in zwei Lager trennen wollen. Wenn auf dem deutschnationalen Parteitag zum Beispiel gesagt wird, es sei Zeit, den großen Entscheidungskampf zwischen rechts und links einzuleiten, so ist das der Gipfel der Verblendung. Die Politik der Verständigung, die **Politik der Mitte**, ist allein imstande, in einer solchen Zeit unserem Volke zu helfen. Wir verurteilen nicht nur die Attentate, wir verurteilen auch die Roheit des politischen Kampfes, die Verunglimpfungen und Belästigungen von Politikern, ganz gleich, ob sie Herrn Scheidemann in Kassel oder Herrn Helfferich im Jugendheim treffen. Selbstverständlich erkennen wir den berechtigten Kern nationaler Feiern durchaus an. Aber diese Feiern pflegen zu parteipolitischer Agitation mißbraucht zu werden. Wollen die Deutschnationalen die alten wehrhaften Traditionen aufrecht erhalten, so erreichen sie es nicht durch solche Feiern, mit denen sie einen Teil des Volkes gewinnen, den andern aber um so sicherer abstoßen und verbittern. (Sehr richtig!) Mit der Unterscheidung zwischen nationaler und antinationaler Gesinnung sollte es ein Ende haben. Eine andere Unterscheidung ist aber heute nötig, die zwischen national und nationalistisch. Wir halten es für nationalistisch, wenn man versucht, nationale Töne auch dann von sich zu geben, wenn sie dem Vaterlande schaden. Wir wollen gleiches Recht auf beiden Seiten. Es kommt nicht darauf an, die Stellen in der Republik nach einem gewissen Proportionalsystem unter die Parteien zu verteilen, es kommt vielmehr darauf an, daß alle, die sich in der Verwaltung betätigen, für die Republik arbeiten und sich von jeder Agitation gegen die Republik fernhalten. (Zustimmung.) Wir können die Gegensätze in unserem armen politisch, kulturell und religiös zerrissenen Volke nur überbrücken, wenn wir vergessen. In England gibt es nicht solche Gegensätze der Weltanschauung wie bei uns. Bekämen wir ein solches System, dann würde unsere Wirtschaft in wenigen Jahren wieder aufgebaut sein. Meine Partei hat diesen Standpunkt seit der Revolution immer eingenommen, trotz aller Opfer. (Beifall bei den Dem.) Wir wollen die Erfüllung, wir wollen eine Einigung der Mitte, und ich wünsche, daß aus dem Kabinett der Erfüllung bald eine Kabinett der Versöhnung werden wird. (Beifall.)

Abg. **Beyerle** (Bayr. Vp.): Die Krise zwischen dem Reich und Bayern, die jetzt ihren Abschluß gefunden hat, war nicht nötig. Ich begrüße den versöhnlichen Ton der gestrigen Kanzlerrede. Der Kanzler sollte sich überlegen, ob er nicht in manchen Fällen auch den Goldwert des Schweigens erfassen könnte. Gegenüber den gestrigen sozialistischen Angriffen gegen den bisherigen Ministerpräsidenten von Kahr hebe ich hier die Lauterkeit und Reinheit seiner Gesinnung und seines Wollens hervor. Die Bayrische Volkspartei hat sich nicht von Herrn von Kahr getrennt; er ist des Vertrauens und der Dankbarkeit der Bayrischen Volkspartei sicher. Sie erblickt in ihm auch fernerhin den Hort der Ruhe und Ordnung. Herr von Kahr ist auch kein deutschnationaler Parteiminister gewesen. Die Bayrische Volkspartei, eine wahre Volkspartei, die sich auf alle Kreise des bayrischen Volkes stützt, hat stets auf dem Boden der Verfassung gestanden. Die volle Verantwortung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern muß die Bayrische Volkspartei den Instanzen und Kräften im Reiche zuschieben, die auf die Aufhebung gedrängt haben. Mit der Weimarer Verfassung haben wir durchaus nicht die Unitarisierung übernommen. Die jetzige Fassung der Verordnung bedeutet einen erfreulichen Fortschritt auf dem Wege des Föderalismus. In Weimar fanden wir bayrischen Föderalisten fast nie die Unterstützung der Deutschnationalen. Und heute wirft uns die „München-Augsburger Abendzeitung" vor, wir hätten bayrische Rechte preisgegeben. In Weimar wurde von deutschnationaler Seite sogar eine deutliche Drohung mit dem Reichsknüppel an Bayern gerichtet; jetzt aber stellt man sich als Hüterin der bayrischen Rechte hin. Die Gefolgschaft, die Herrn von Kahr mit fliegenden Fahnen von deutschnationaler Seite geleistet wurde, ist dem Grafen Lerchenfeld noch nicht so treu. Der Friede ist durch die Tätigkeit der Bayrischen Volkspartei, nicht „dank der Fähigkeit der Deutschnationalen Volkspartei" geschaffen worden. Uns kommt es auf positive Pflege des Reichsgedankens an. Denken Sie sich auch ein bißchen nach Bayern hinein, dann wird in die Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich mehr Wärme kommen.

Frau Abg. **Zetkin** (Komm.): Zwischen uns und dem übrigen Hause klafft ein tiefer Gegensatz. Einig sind wir uns nur in der Forderung des Schutzes der Republik, die das Werk des Proletariats ist. Der Republik fehlt allerdings noch der soziale Gehalt. Die Verordnung des Reichspräsidenten jedoch ist kein Schutz für die Republik, sondern ein bayrischer Ausnahmezustandersatz. Beschwerden sollen vom Reichsratsausschuß entschieden werden. Das heißt den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. (Heiterkeit. Zuruf rechts: Na, dann also lieber bei Ihnen!) Ich bin lieber des Teufels Großmutter als deutschnational. Die Mehrheitssozialisten sind nicht Herr im Hause der Republik, sondern wohlwollend geduldeter Gast.

Abg. Dr. **Levi** (Komm. wild): Die Geister, die Sie (nach rechts) riefen, werden Sie nun nicht wieder los. Die durch den verlorenen Krieg sozial entwurzelten Offiziere mußten zum Lumpenproletariat herabsinken. Der Redner richtet heftige Angriffe gegen die Regierung Kahr.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Unabh. Soz.) richtet heftige Angriffe gegen die Rechte und behauptet, daß der Fähnrich v. Hirschfelde erst nach einer Anfrage bei der Deutschnationalen Partei als Sommerfrischler in Kalmbach aufgenommen worden sei. (Zurufe rechts: Erlogen!) Der deutschnationale Parteisekretär Stark habe zugegeben, sich vor Jugendlichen mit dem Mord an Erzberger identifiziert zu haben. Die deutschnationale Kanaille, die sich im November 1918 nicht ans Licht wagte, ist schon wieder sehr groß geworden. Abg. Dr. Helfferich: Wer ist denn die Kanaille? — Abg. Kuhnt (Unabh. Soz.): Das sind Sie! — Abg. Henning (D.-N.): Dummer Lümmel! — Große Unruhe. — Die Abgg. Kuhnt und Henning erhalten einen Ordnungsruf.) Ein zweites Mal wird die Arbeiterschaft Sie (nach rechts) nicht so schonen wie nach dem Kapp-Putsch. Die Einigung zwischen Bayern und dem Reich bedeutet den Sieg des föderalistischen Standpunktes.

Abg. **Graf Westarp** (D.-N.): Meine Freunde sind nicht der Ansicht, daß der Verlauf der Debatte uns Anlaß gibt, noch in eine eingehende Erörterung einzutreten. Ich habe nur die politischen Ergebnisse der Debatte festzustellen. Von dem Material, mit welchem die Schuld der Deutschnationalen Volkspartei erwiesen werden sollte, hat der Reichskanzler nicht Gebrauch gemacht. Gleichwohl hat er leider die Ehrenerklärung für unsere Partei, auf die wir Anspruch haben und die wir auch gefordert haben, nicht gegeben. (Oho-Rufe. — Zuruf: Frechheit! und Lärm.) Im weiteren Verlauf der Debatte haben die Herren Abgeordneten Scheidemann und Rosenfeld die Rolle übernommen, die Angriffe gegen uns mit der gebührenden Schärfe vorzutragen. Der Abgeordnete Scheidemann hat sich erlaubt, auszusprechen, daß uns die Schuld an dem Morde Erzbergers trifft. (Sehr richtig! links.) Diese Behauptung wird ja auch in den Apparat der Agitation draußen im Lande eingeschaltet werden. Mag sie aber noch so oft wiederholt werden, sie ist und bleibt eine bewußte, wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheit.

Damit schließt die Aussprache. Die Abgg. Hoffmann (Komm.) und Kaiser (Mehrheitssoz.) werden wegen beleidigender Zurufe zur Ordnung gerufen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Stampfer** (Mehrheitssoz.) erklärt, daß der Artikel über das Hängen an den Laternenpfahl nicht im „Vorwärts" gestanden habe. — Abg. **Rosenfeld** (Unabh. Soz.) ruft der Rechten zu, ein Laternenpfahl wäre für einen Deutschnationalen zu schade. (Er erhält einen Ordnungsruf.) — Abg. **Scheidemann** (Mehrheitssoz.) hält seine Beschuldigung gegen die Rechte aufrecht; sie trage die moralische Schuld am Morde Erzbergers.

Darauf wurden sämtliche Anträge, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, die Aufnahme des Ausnahmezustandes in Bayern und ein Gesetz zum Schutze der Republik forderten, dem Rechtsausschuß überwiesen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und Kommunisten, die die sofortige Entscheidung verlangten. Es wurde beschlossen, weitere zehn Millionen für Oppau zu bewilligen und die weiteren Anträge auf Erhöhung der Renten zurückzustellen. Das Gesetz über die Börsenumsatzsteuer wurde dem Steuerausschuß überwiesen. Darauf vertagte sich das Haus. Der Präsident erhielt die Ermächtigung, die nächste Sitzung nach dem Stande der Steuervorlagen einzuberufen, und zwar nicht nach dem 3. November.

Die Deckung der nächsten Zahlungsrate.

Paris, 1. Okt. Zu der Mitteilung des Garantiekomitees, daß der am 15. November fällige Betrag der deutschen Ausfuhrabgabe bereits durch deutsche Gegenleistungen ausgeglichen sei und Deutschland am genannten Tage keine Zahlungen zu leisten habe, schreibt der „Temps": Die am 15. November fällige Summe der Ausfuhrabgabe für das Vierteljahr vom 1. Mai bis 31. Juli werde vorläufig auf 310 Millionen Goldmark geschätzt. In dem gleichen Zeitraume hätten die deutschen Sachlieferungen, namentlich diejenigen an Frankreich (Kohlen, Kohlenderivate, Farbstoffe, pharmazeutische Produkte, Wiederaufbaumaterial usw.) einen Wert von 151 Millionen Goldmark gehabt. Die Lieferungen vom 1. August bis 15. November würden mindestens ebenso hoch sein. Infolgedessen sei der am 15. November von seiten Deutschlands fällige Betrag gedeckt. (W. T. B.)

Wieder vereint.

Berlin, 1. Okt. Im Verlauf der Festlegung der neuen deutsch-belgischen Grenze ist bekanntlich das zum Kreise Malmedy gehörige Dorf Losheim entsprechend dem einstimmigen Wunsche seiner Bewohner durch Beschluß der Grenzkommission Deutschland wieder zugesprochen worden. Die Uebernahme des Dorfes in deutsche Verwaltung hat am 1. Oktober in Gegenwart des deutschen Grenzkommissars und eines Vertreters des Regierungspräsidenten von Aachen stattgefunden. Die Uebernahme war von ergreifenden Kundgebungen der Bewohner begleitet. Sämtliche Einwohner des Dorfes, das reichen Flaggenschmuck angelegt hatte, waren von früher Morgenstunde ab in festlicher Stimmung zusammen und als die Uebernahme ausgesprochen wurde, kannte der Jubel keine Grenzen mehr. Alle Ansprachen, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, ließen deutlich die tiefe Bewegung der Bewohner über die Befreiung von der Fremdherrschaft und über die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande erkennen. (W. T. B.)

Die Bestimmungen des Rathenau-Loucheur-Abkommens.

Paris, 1. Okt. Die „Journee Industrielle" veröffentlicht im Auszug die wichtigsten Bestimmungen des Loucheur-Rathenau-Abkommens die sie angeblich in Berlin erfahren haben will. Danach erfolgen die gesamten Lieferungen auf privatem Wege. Zu diesem Ziel soll in Deutschland eine Privatgesellschaft gegründet werden, die mit der Lieferung des Materials beauftragt wird. Die deutsche Ausfuhr soll mit einer Ausfuhrtaxe belegt werden, deren Ergebnis zur Verfügung des Garantiekomitees gestellt werden soll. Weiterhin wird bestimmt daß der Gesamtbetrag der von Frankreich Deutschland gutgeschriebenen Lieferungen den Anteil Frankreichs an der deutschen Reparationsleistung nicht übersteigen darf. Die französische Regierung kann den Vertrag mit einjähriger Frist kündigen. Der deutschen Regierung steht das gleiche Recht zu, jedoch erst vom 1. Mai 1923 ab. Ein Anhang zu dem Hauptvertrag setzt die Lieferungsmodalitäten fest. Eine Kommission von drei Mitgliedern, darunter ein Deutscher, ist berufen, alle Streitfragen zu entscheiden. Sie bestimmt auch die Preise der Lieferungen.

Jahresüberblick der Technischen Nothilfe.

Am 30. September d. J. konnte die Technische Nothilfe auf ein zweites Jahr ihres Bestehens zurückblicken. So häufig wie im ersten Jahre hat sie in diesem Jahre nicht in Tätigkeit treten brauchen. Indessen die Technische Nothilfe 1919/20 nach den endgültigen Ergebnissen 521mal einsetzen mußte, beläuft sich diesmal, soweit sich bisher überblicken läßt, die Einsatzziffer auf 390. Nichtsdestoweniger zeigt die Statistik, daß auch im letzten Jahre kaum eine Woche verlaufen ist, ohne daß die Technische Nothilfe an irgendeinem Ort im Deutschen Reich tätig war. Von den 52 Jahreswochen sind nur 6 ohne jeglichen Einsatz gewesen.

Bezüglich der aufrechterhaltenen Betriebe hat sich im Berichtsjahr 1920/21 gegenüber dem ersten Jahr 1919/20 das Bild insofern verschoben, als die Einsatzzahl für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke im Verhältnis zurückgegangen ist, während in der Landwirtschaft diese Ziffer bedeutend gestiegen ist. Auch das Eingreifen der Technischen Nothilfe bei elementaren Ereignissen hat sich beträchtlich erhöht. Hier stehen den 8 Einsätzen dieser Art vom Vorjahr im Berichtsjahre 29 gegenüber.

Der Ausbau der Organisation ist kräftig fortgeschritten. Die Zahl der Orts- bzw. Landgruppen hat sich um über die Hälfte vermehrt, die Mitgliederzahl hat sich seit dem Vorjahre verdoppelt. Die einzelnen Berufe sind an der Mitgliederzahl folgendermaßen beteiligt: Technische Fachleute 18 Prozent, Handwerker 10 Prozent, Landwirte 22 Prozent, freie Berufe 18 Prozent, Arbeiter 15 Prozent, Studenten 6 Prozent und Frauen 11 Prozent.

Eine Trauerfeier der Zentrumsfraktion.

Berlin, 2. Okt. Im Reichstagsgebäude fand heute unter Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, des Präsidenten des Reichstages und zahlreicher Minister und Vertreter von Behörden und öffentlichen Körperschaften, sowie einer großen Zahl führender Parlamentarier aus allen Fraktionen die Trauerfeier der Zentrumsfraktion des Reichstages für ihre verstorbenen Mitglieder Hitze, Trimborn, Burlage und Erzberger statt.

Streik der Zeitungsausträger in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 2. Okt. Seit gestern morgen streiken die Frankfurter Zeitungsträger und Zeitungsträgerinnen, so daß den Abonnenten die Zeitungen nicht zugestellt werden können.

Serbien gegen die tschechische Vermittlung?

Belgrad, 2. Okt. (Eig. Meld.) Hier fand ein Ministerrat statt, in welchem nach einem Vortrage von Pasitsch die Aktion Dr. Beneschs in der westungarischen Frage besprochen und festgestellt wurde daß die Aktion im Grunde genommen den Trianoner Vertrag ändere, dessen Autorität man auf jeden Fall aufrechterhalten müsse.

Budapest, 2. Okt. (Eig. Meld.) Die rumänische Regierung hat über das ungarische Grenzgebiet den Belagerungszustand verhängt und die Grenze gegen Ungarn gesperrt.

Oertliches und Sächsisches.

Der Einzug des Bischofs.

Am Sonntag des Rosenkranzfestes betrat der Bischof von Meißen Dr. Schreiber die Katholische Hofkirche zum erstenmal in seiner neuen Würde — ein feierlicher und denkwürdiger Augenblick für die sächsischen Bekenner des katholischen Glaubens. Es war ¾9 Uhr früh: aus den Nebeln der Nachtkühle, die ihm von den Schultern auf die Berge des weiten Elbgürtels herabsanken, erhob der Herbsttag sein freudensonniges Gesicht. Glockenklang erscholl, und der Bischof schritt in die Kirche hinein, empfangen von Konsistorium und Geistlichkeit und sämtlichen katholischen Vereinen der Stadt. Prinz Johann Georg und Prinzessin Mathilde waren unter den zahlreichen Kirchenbesuchern. Der Chor sang dem Einziehenden das Ecce sacerdos magnus entgegen. Als der Kirchenfürst Platz genommen hatte, grüßte ihn von der Kanzel herab der Superior und Pfarrer der Hofkirche, Kanonikus Hartmann. Das Pontifikalamt begann. Nach der Verlesung des Evangeliums hielt der Bischof, im Schmucke seines Amtes, den silbernen Hirtenstab in der Linken, die erste Predigt an die Dresdner Gemeinde. Er sprach von der Bedeutung des Tages. Da das alte Bistum Meißen vor der Errichtung der Hofkirche schon erloschen war, hat sie noch keinen Meißnischen Bischof in ihren Mauern gehabt; im Zeichen des Rosenkranzfestes, so führte der Bischof aus, tritt nun der erste in sie hinein. Die Predigt ging weiter auf den Sinn des Rosenkranzes und des Rosenkranzgebetes. Geteiltes Leid ist halbes Leid; unter dem Richtbegriff dieses deutschen Sprichwortes wurde die schmerzensreiche Bedeutung des Rosenkranzes geschildert, wie sie aber auch gleichzeitig, in den sechs Geheimnissen, die der Gläubige dabei bedenkt, die Freuden der Maria verkörpere und endlich ausmünde in die trostreiche und glorreiche Gewißheit der göttlichen Gnade und der ewigen Fortdauer der Glaubenstreuen. In Weihe und hymnischen Gesängen schwang sich die Feierlichkeit aus.

Wenn sich das Hochamt am Vormittag als eine rein religiöse Festlichkeit gegeben hatte, so brachte die Begrüßungsfeier am Nachmittag im überfüllten Vereinshaussaale eine kirchenpolitische Kundgebung, die weithin mit Aufmerksamkeit gehört zu werden verdient. Denn es waren nicht die einleitenden stimmungsvollen musikalischen Vorträge, die den Begrüßungsworten des Landtagsabgeordneten Heßlein voranging en, was der Versammlung das besondere Gepräge aufdrückte, sondern im letzten Grunde die Worte des Bischofs selbst, die klare Fassung seiner Aufgabe, wie sie sich ihm darstellt. Von dieser Rede aus, so darf man vielleicht in Anlehnung an ein vielgebrauchtes Wort sagen, kündigt sich eine neue Epoche im kulturellen, im innerpolitischen und speziell im kirchenpolitischen Leben Sachsens an. Regierungsrat Professor Flügele hatte in längeren Ausführungen die Bedeutung der Bistumsgründung bereits grundlegend erörtert. Er hatte sie dargestellt als einen Ausdruck der durch politische Stürme unerschütterlichen Macht der katholischen Idee. In caritate Dei, d. h. in der Liebe zu Gott, so hatte er in Bezugnahme auf den Wahlspruch des neuen Kirchenherrn gesagt, werde die Zerrüttung der Gegenwart zu überwinden sein, und da müsse jeder die entscheidende Anfangstat an sich selbst vollbringen. Dann trat der Bischof Dr. Schreiber selbst an das geschmückte Rednerpult und sprach in den Hauptpunkten ungefähr wie folgt: Ein Wort der Aufmunterung und der Führung geziemt diesem Tage. Der Bischof ist in seiner Diözese zur Führerschaft bestimmt, und er will auch ein Führer sein. Gott sei Dank, daß nun die Fesseln gesprengt sind, die bisher den Angehörigen des katholischen Glaubens Ausnahmebeschränkungen auferlegten. In der Absicht, dem deutschen Volke ein Helfer zu sein, und ein deutscher Mann zu sein, wird der Bischof nun sein Amt verwalten. In Liebe allein läßt sich der Aufbau des niedergebrochenen Deutschlands meistern. Diese Liebe soll nicht nur den Katholiken gelten, sondern allen, die willens sind, am Aufbau mitzuarbeiten. Sie sollen die Kräfte einsetzen, die sie besitzen, aber sie sollen auch die Kräfte freigeben, die in der katholischen Weltanschauung wurzeln, denn das bedeutet wirkliche Demokratie und wahre Gewissensfreiheit. Der Bischof und seine Diözesanen stehen auf dem Boden der neuen Verfassung, aber sie wollen, daß die Verfassung auch voll durchgeführt werde. Auf allen Gebieten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens hat der Katholizismus den Anspruch, zum Aufbau wirksam herangezogen zu werden. Jede andere Ueberzeugung, wenn sie nur ehrlich ist, wird in ihrem Rechte auf Mitarbeit anerkannt; freilich ist die katholische Weltanschauung mit geschichtlichem Rechte, mit dem Ausweis ihrer Leistungen für die Entwicklung der deutschen Kultur, in bevorzugtem Maße befähigt zur Aufbauarbeit. Es heißt für das deutsche Volk das Beste wollen, wenn man die Entbindung der Kräfte der katholischen Weltanschauung überall will. Zwischen den verschiedenen Weltanschauungen kann kein Zwiespalt entstehen, aber ein Wettlauf zum gemeinsamen Ziele, und der Katholizismus ist überzeugt, dabei nicht zu kurz zu kommen. In erster Linie fordert er die konfessionelle Schule, die ungeschmälerte Entfaltung seiner Denkweise auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und die Gleichberechtigung seiner Wohltätigkeitsveranstaltungen. Wenn die Diözesanen hinter ihren Bischof treten, dann wird der Weg sicher glücklich sein. Der Bischof will dienen, nicht bedient sein, und nächst den Glaubensgenossen allen anderen dienen, wenn sie es nicht vorziehen, aus den Quellen der katholischen Religion auch für ihre Aufbauarbeit etwas zu entnehmen. — Mit bischöflichem Segen schloß die Versammlung.

Nichtabführung von Steuerabzügen vom Lohne.

Eine bemerkenswerte Gerichtsentscheidung.

Das Schöffengericht zu Pirna hatte Anfang Juli die ehemaligen Inhaber der Sächsischen Kalk- und Dolomit-Werke, Angerstein u. Pietzsch, Werk Nennigmannsdorf, Amtshauptmannschaft Pirna, den Großhändler Rudolf Erich Angerstein und den Bau-Ingenieur Alfred Otto Alwin Pietzsch, wegen Steuerhinterziehung zu je 61 800 Mark Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle ein jeder im Falle der Uneinbringlichkeit 1 Jahr Gefängnis zu verbüßen haben sollte. Als Inhaber des Werkes sollen beide in der Zeit von Ende Juni bis zu Anfang November vorigen Jahres der Arbeiterschaft die vom Reiche vorgeschriebenen 10 Prozent Steuern vom Lohne gekürzt, den Betrag in Gesamthöhe von 12 278 Mk. aber an die Reichskassen nicht abgeführt haben. Das Schöffengericht erkannte auf den fünffachen Betrag als Strafe. Die Verurteilten wie auch die Staatsanwaltschaft legten dagegen Berufung ein, so daß sich jetzt die sechste Strafkammer des Dresdner Landgerichts mit der Angelegenheit beschäftigen mußte und eine prinzipielle Entscheidung als Berufungsinstanz fällte. Die beiden Angeklagten erklärten: Die Abzüge vom Lohn seien nach den vom Reiche erlassenen Vorschriften bewirkt worden, eine Steuerhinterziehung liege nicht vor. Zum Zwecke der Lohnzahlung seien jeweilig nach Abrechnung der für Steuern zu kürzenden Beträge nur die tatsächlichen Summen im Wege des Kredits bei der Bank erhoben worden, die an die Arbeiterschaft direkt auszuzahlen waren. Jederzeit hätten die Steuerlisten von der Behörde eingesehen und nachgeprüft werden können. Allerlei Schwierigkeiten seien zu überwinden gewesen, besonders habe die Lieferung der für die Kalkbrennerei erforderlichen Kohlen gestockt, auch sei das Werk mit gegen 85 Arbeitern zu stark belegt gewesen. Entlassungen hätten nicht vorgenommen werden dürfen, obgleich eine Verminderung der Arbeiterzahl nötig gewesen wäre, wenn der Betrieb rationell geführt werden sollte. Gegen Arbeiterentlassungen habe die Behörde Einspruch erhoben, der Gewerkschaftsbeamte Nimmich-Pirna sei des öfteren im Werk gewesen, um selbst zu prüfen und mitzuberaten, was getan werden konnte, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und Entlassungen zu verhüten. Letzterer sei auch seinerzeit mit einem der Firmeninhaber beim Wirtschaftsministe